



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/294 - 27. Dezember 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21884 - 33

Fernschreiber 0886890

Hinweise

auf den Inhalt:

Politisches Weihnachtsskaleidoskop	S. 1
Der Rassenkonflikt in Südafrika	S. 3
Alarmierende Hintergründe/BEE-Krise in Kiel	S. 4
Zum Angebot Ulbrichts	S. 6

Politisches Weihnachtsskaleidoskop

G.M. Drei Ereignisse haben während der Weihnachtsfeiertage gezeigt, dass die Pariser NATO-Konferenz tatsächlich vielfältige Auslegungen ermöglicht. Offenbar unter dem Druck der öffentlichen Meinung in Großbritannien erklärte der britische Außenminister Selwyn Lloyd überraschend in einem Fernsehinterview, er halte den Vorschlag des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa für einen "aussichtsreichen Ausgangspunkt zu Verhandlungen mit der Sowjetunion".

Damit stellt sich Selwyn Lloyd in Gegensatz zu Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Gaillard, zu dem amerikanischen Außenminister Dulles und zum Generalsekretär des Atlantikrates, Henry Spaak, die alle während und nach der Pariser NATO-Konferenz behauptet hatten, der polnische Vorschlag sei "unrealistisch". Henry Spaak hatte in einem Interview mit der Pariser Zeitung "Paris Press" sogar gesagt, der polnische Plan sei "vom militärischen Standpunkt unsinnig." An anderer Stelle hatte Spaak nach der NATO-Konferenz erklärt, das Eingehen auf den Rapacki-Plan würde "ein Beweis für die Dekadenz des Westens" sein...

Mit der in Paris zur Schau getragenen Einigkeit der Atlantikpakt-Partner scheint es also nicht allzu weit her zu sein. Es lässt sich nicht leugnen: Die Herren sind in Paris auseinandergegangen, ohne etwas anderes getan zu haben, als sich gegenseitig zu versichern, dass sie immer noch gute Freunde seien. Aber ganz ohne jede Verbindlichkeit.

So muss man auch die Begleitmusik zu der Selwyn-Lloyd-Erklärung werten, die der französische Verteidigungsminister Chaban-Delmas - 2 -

Jetzt aufspielt. Herr Jaban-Dolmas meinte nämlich, Frankreich müsse nicht nur amerikanische Raketenwaffen erhalten und eigene herstellen, um sich verteidigen zu können, sondern auch deshalb, weil man nicht genau wisse, ob vielleicht auf politischem Gebiet innerhalb der atlantischen Gemeinschaft eine grössere Kontroverse auftreten könne. Der französische Verteidigungsminister verband diese Befürchtung mit einigen recht hässlichen Bemerkungen an die Adresse der USA. Die Vereinigten Staaten verlangen von ihren Verbündeten - so sagt er -, dass sie mit grossen Kosten Dinge neu entdecken, die woanders schon längst entdeckt seien. Und das alles wegen der Geheimhaltung.

Kein Geheimnis ist es, dass man in Paris seit der NATO-Konferenz über die Amerikaner sehr ungehalten ist, weil diese sich geweigert hatten, Frankreichs Priorität in Nordafrika offiziell anzuerkennen.

Das politische Durcheinander ist also komplett. Es wird noch sichtbarer, wenn man an Eisenhowers und Dulles' Erklärungen denkt, die nach der Rückkehr aus Paris behauptet hatten, sie hätten dort alles erreicht, was sie erreichen wollten. Die grundsätzliche Zustimmung ihrer Bündnispartner zur Entgegennahme von amerikanischen Raketen geschossen und zur Errichtung von Raketen-Abschussbasen.

Das dritte Ereignis ist der nach diesem im Westen zutage getretene Verwirrung als Selbstverständlichkeit erwartete Versuch Chruschtschows die Verhandlungsposition Moskaus zu verbessern. Er sagte, die Sowjetunion sei zu einer Kürzung der Verteidigungsausgaben und zu einer weiteren Verminderung ^{ung} der russischen Streitkräfte bereit. Gleichzeitig sprach er "von praktischen Schritten" zur Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West, die den Erklärungen einiger NATO-Mitgliedstaaten folgen sollten, wonach diese in ihren Beziehungen zu anderen Ländern keine Gewalt anwenden würden.

Wenn man dieses politische Weihnachtskaleidoskop etwas genauer betrachtet, so stellt sich heraus, dass die militärische Demonstration der NATO-Mitgliedstaaten in Paris die antiquierteste Methode war, die man überhaupt anwenden konnte, um die völlig verfallene "Politik der Stärke" in altem Glanz erscheinen zu lassen. Es zwingt sich die Einsicht auf, dass militärische Mittel zur Vermeidung eines bewaffneten Konfliktes zwischen Ost und West immer untauglicher werden, weil heute schon beide Seiten über so furchtbare Vernichtungsmittel verfügen, dass sie sich gegenseitig zerstören könnten.

Vielleicht kommt man in den Hauptstädten der Welt zum Jahresschluss doch noch auf den vernünftigen Gedanken, den Rüstungswettlauf abzustoppen und politische Vereinbarungen zu suchen, die nach menschlichem Ermessen mehr Sicherheit bieten als das drohende Gespenst eines Atomkrieges.

Das Problem des weissen Mannes

A.P. Im grossen Saal der "Witwatersrand University" von Johannesburg fand im Dezember eine dreitägige "Rassenkonferenz" statt, an der etwa 400 Vertreter aller Hautfarben teilnahmen. Bei der für Südafrika - in ihrer Zusammensetzung - ungewöhnlichen Versammlung, trafen Europäer, Mischlinge, schwarze Eingeborene und Inder zusammen, um zwar temperamentvoll, aber im friedlichen Geiste, die brennendsten Fragen des Landes zu diskutieren. In einer Erklärung wurde die Gleichberechtigung aller Rassen gefordert, der bisherige Anspruch auf alleinige Herrschaft der Weissen zurückgewiesen, insbesondere die Haltung der gegenwärtigen Regierung, die in den letzten Jahren durch ihre gesetzlichen Massnahmen die Lage der elf Millionen Farbigen noch mehr entrechtet und dadurch die Beziehungen zwischen den verschiedenen Rassen ausserordentlich verschlechtert hat. Das Land stehe in Gefahr, in einem permanenten Konflikt und ein ansteigendes Chaos zu verfallen.

In seiner Eröffnungsansprache erklärte der weisshaarige Vorsitzende der Konferenz, Rev. Z.R. Mahabane: "...dass weder Unterdrückung noch eine endgültige Rassentrennung (apartheid) das Problem aufheben kann, auf welche Weise die Beziehungen und das Zusammenleben zu lösen ist, wie es in einer rassengemischten Bevölkerung, wie in Südafrika, vorliegt". Diese Bevölkerung mit ihrer wechselvollen Geschichte und vielfältigen Kultur, ihren zahlreichen Sprachdienen muss zusammenkommen, um den gemeinsamen Weg zu finden. Dieser Kongress bietet dafür die erste und erfreuliche Gelegenheit. Die Menschen, die diesen Weg nicht gehen wollen, sind Opfer einer psychologischen Erkrankung: sie leiden unter der Angst, von der farbigen Mehrheit erdrückt zu werden und wollen gleichzeitig dieses Gefühl durch einen Überwertigkeitskomplex überwinden. Solange sie glauben, als "Herrenvolk" den nichtweissen Menschen überlegen zu sein, die asiatischen Völker als "unerwünschte Ausländer" ansehen, wird es schwer sein, eine Verständigung zu finden.

Das nichtweisse Afrika aber ist auf dem Marsch, um sich selbst wiederzufinden. Die Sonne der Gerechtigkeit erhellt den Dunklen Kontinent und den Weg, der es von politischer Sklaverei freimacht.

"Das wirkliche Problem unseres Landes ist nicht der schwarze, sondern der weisse Mann", erklärte der Universitätsprofessor J.D. MacCrone, der sich eher als gemässigter Liberaler, denn als "Radikaler"

bezeichnete. Zivilisation kann nur dort bestehen, wo verschiedene Gruppen bereit sind, sich gegenseitig zu tolerieren; wie englisch oder afrikaans sprechende Südafrikaner, Juden oder Christen, schwarze und weisse Menschen.

Eine Entschliessung des Kongresses brachte erneut zum Ausdruck, dass ein vielfach angewandtes Argument der Anhänger der Rassentrennung - die schwarzen Massen würden eines Tages die Weissen ins Meer treiben - so alt ist, wie das erste Zusammentreffen beider Rassen. Wirtschaftliche Sicherung für die weisse Rasse besteht auch darin, den anderen die gleichen, grundlegenden menschlichen Rechte zu geben. So konnte in seiner die Konferenz abschliessenden Rede, die grösstenteils von Wissenschaftlern und Vertretern der verschiedenen politischen Parteien besucht war, H. Rev. R. Ambrose Reeves, Bischof von Johannesburg, zum Ausdruck bringen, dass diese Zusammenkunft vielleicht in die Geschichte von Südafrika eingehen wird als erstes gutes Zeichen einer Wendung zur Verständigung und Zusammenarbeit aller Rassen.

+ + +

Zur Krise des BHE in Schleswig-Holstein

zu, Kiel

Zwölf Jahre nach Kriegsende sollte man es nicht mehr zum grossen Stein des Anstosses machen, wenn ein ehemaliger SS-Führer irgendwo in einer Gemeinde als Bürgermeister antizipiert, oder wenn ein früherer SS-Mann in irgendeinem Landesparteivorstand ein Verwaltungsamt ausübt. Ein Stein des Anstosses wird es erst dann, wenn sich frühere SS-Führer in der Spitze eines Parteivorstandes in grösserer Zahl gruppieren und zudem noch dabei einen sehr starken Einfluss ausüben. Das Ganze wird dann alarmierend, wenn hinter dieser SS-Führungsgruppe dunkle Finanzquellen stehen, die ihre Gelder mit einer bestimmten Zielsetzung herzugeben scheinen.

Das alles ist im Landesvorstand des Gesamtdeutschen Blocks in Schleswig-Holstein der Fall. Das alles tritt jetzt von Tag zu Tag in mehr Einzelheiten zutage, nachdem Ministerpräsident von Hassel (CDU) den Landesvorsitzenden des Blocks, Asbach, als Sozialminister Asbach

27. Dezember 1957

aus seinem Amt warf und die Landtagsfraktion des Blocks sich von Asbach weit entfernt hat.

Asbach selbst war zwar nur gerade noch rechtzeitig im April 1933 der NSDAP beigetreten, um dann zum Leiter der Sozialabteilung der DAF in Stettin zu avancieren. Aber seit Jahren sind seine öffentlichen Erklärungen stark von einer NS-Ideologie durchsetzt, so dass er bereits deshalb als Minister untragbar geworden war. Diese Erklärungen sind übrigens in der Staatskanzlei des Kieler Ministerpräsidenten sorgfältig gesammelt worden. Wesentlicher aber ist, dass unter Asbach ehemalige SS-Führer steigenden Einfluss auf den Block nahmen, um eine Kursänderung zu betreiben, die aus gesamtdeutschen großdeutsche Pläne machte und nationale sowie soziale Forderungen in eine nationalsozialistische Konzeption umwandeln.

Dabei ist die Finanzierung dieser internen Machtübernahme aus zwei Quellen erfolgt, über die noch nicht endgültig Klarheit besteht. Man weiss aber bereits, dass Asbach regelmässig von einem Fabrikanten aus dem Westen fünfstellige Beträge bekam, um damit seine Leute und seine Kreise zu finanzieren. Er hat eine Offenlegung dieser Quellen im Landesvorstand seiner Partei abgelehnt. Eine weitere Quelle gibt es in einem Steinbruchbesitzer im Kreis Segeberg, der Asbachs Landesgeschäftsführer Guthjahr den Wagen stellte und Geld mit bestimmten Aufträgen zukommen liess.

Erst dieser Tage ist bekanntgeworden, dass Asbach vor Jahr und Tag seine Fraktion aufforderte, sich für die Berufung des früheren SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Polizei des Oberabschnitts Warthe, Reinefarth, zum Amtsenkel des Innenministeriums (den der Verfassungsschutz und die Polizei untersteht) stark zu machen. Ausserdem hat Asbach jahrelang an seinem Landesgeschäftsführer Guthjahr, einem früheren SS-Führer, festgehalten. Guthjahr war Adjutant des heutigen Regierungsassessors Miesel, der in Arnberg vor Gericht steht, weil er als SS-Sturmabführer an der Erschiessung von 80 russischen Fremdarbeitern in der Nähe des westfälischen Ortes Warstein beteiligt gewesen sein soll. Asbach hielt auch noch nach dem 2. Januar 1956 an Guthjahr fest, als Ministerpräsident von Hassel an diesem Tage auf Guthjahr und einen weiteren hohen NS-Würdenträger aufmerksam machte und deren Entlassung empfahl.

Bei dem zweiten NS-Würdenträger handelt es sich um den persönlichen Referenten von Asbach, den ehemaligen Gaupropagandaleiter des

des schleswig-holsteinischen Gauleiters Lohse, Schierholz. Dieser Mann, der von 1934 bis 1945 Reichspropagandahauptamtsleiter und Leiter des Gaupropagandaamtes Nordmark, sowie von 1941 bis 1945 Landespropagandaleiter in Riga war, holte Asbach im Herbst 1955 in sein Ministerium. Der Nachfolger von Asbach, Frau Minister Ohnesorge, hat die Versetzung von Schierholz veranlasst, da sie ihn nicht als Referenten um sich haben wollte.

Gleichfalls in sein Ministerium holte Asbach den ehemaligen General der Waffen-SS Finck, der zeitweise auch Kommandeur der damaligen Leibstandarte war. Er ist als Referent für Siedlungsfragen tätig und außerdem Regierungsdirektor a.D. Feststellungen haben ergeben, dass etwa zwölf der 21 Kreisvorsitzenden des Gesamtdeutschen Blocks in Schleswig-Holstein ehemalige SS-Männer waren, die eindeutig zur Asbach-Gruppe gehören. Dem Landesvorstand um Asbach herum dürften im Ganzen sechs ehemalige SS-Führer angehören.

Das alles sind die alarmierenden Hintergründe der Krise im Gesamtdeutschen Block im Norden, gegen die sich besonnene Männer dieser Partei gegenwärtig mit allerdinge geringem Erfolg zur Wehr setzen. Denn die Asbach-Gruppe hat es bereits durchgesetzt, dass der Fraktionsvorsitzende Dr. Kiekebusch und dessen Stellvertreter von Harwarth deshalb aus dem Block ausgeschlossen worden sind, weil sie damals bei der Entlassung von Asbach nicht genügend "die Interessen der Partei" wahrgenommen hätten.

+ + +

Pankow stößt ins Leere

ler. In ermüdenden Intervallen werden von der Ulbricht-SED der deutschen Sozialdemokratie immer wieder Vorschläge zur Bildung einer sogenannten Aktionseinheit gemacht. Was muss eigentlich noch geschehen, bis die sowjetischen Hintermänner Ulbrichts begreifen, dass zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der kommunistischen SED keine Gemeinsamkeit politischer Aktionen denkbar ist?

Die SED, ein durch Gewalt und Terror geschaffenes Zwangsprodukt, ist keine deutsche Partei. Sie steht im Solde einer fremden Macht, von

ihr empfängt sie ihre Befehle. Wäre die SED eine deutsche, dem deutschen Volk dienende, ihr sich in wirklich freien Wahlen stellende und ihr verantwortliche Partei, müsste sie von sich aus alles tun, um die Schranken, die Deutschland trennen, auch von sich aus abzubauen. Stattdessen errichtet sie neue. Die Einführung des Passzwanges, die Behinderung des Reiseverkehrs, und die Verurteilung von Pfarrern, die nichts anderes tun, als im Rahmen der ganz Deutschland umfassenden Kirche zu wirken und ihre Pflichten zu erfüllen, (und was für Filialisten!) bedeuten mehr als alle Deklamationen des Herrn Ulbricht das Eigeninteresse Pankows an der Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung. Pankow lebt nicht aus sich selbst heraus, es lebt von fremder Gnade und Willkür. Darum fürchtet es das Votum des deutschen Volkes in freien Wahlen. Hier liegen die eigentlichen Gefahren für den inner- und ausserdeutschen Frieden.

Das neueste Angebot Ulbrichts, der heute schwer um seine Stellung als ausschliesslicher Exekutor der sowjetischen Deutschlandpolitik innerhalb der SED selbst zu kämpfen hat, betrifft die Inszenierung einer "Volksbewegung" in ganz Deutschland für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone. Der gelehrige Sowjetschüler Ulbricht, der es verstand, bei allen russischen Schwankungen ihrer Deutschlandpolitik immer obenauf zu sein, gibt sich, wie so oft, in seiner wechselvollen Vergangenheit einer groben Täuschung hin. Die Volksbewegung in Deutschland für die Schaffung einer Zone, in der schreckliche Vernichtungswaffen nicht lagern, bedarf seiner Hilfe nicht, sie ist schon da, durch Ulbricht kann sie nur diskreditiert werden. Ist das vielleicht der Sinn seines unverschämten Ansinnens? Aber auch dadurch, dass sich Ulbricht als höchst unerwünschtes und vielfach belastetes Werkzeug fremder Interessen nun an den Strom für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anschliesst, wird diese Idee nichts von ihrer beswingenden Leuchtkraft verlieren. Denn sie war da und beansprucht von nun an die weltpolitische Tagesordnung: ihre Verwirklichung wird nach der Beginn vom Ende des Ulbricht-Regimes sein.

Verantwortlich: Günter Markseffel